

29. April 2010/JB



Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in diesem Jahr steht uns wahrscheinlich die Überschuldung unserer Stadt ins Haus. Die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage werden voraussichtlich im Jahr 2010 aufgebraucht sein.

Dann ist Castrop-Rauxel überschuldet!

Im Erlass des Innenministers zum Nothaushaltrecht vom 6.3.2009 steht:

„Die Verantwortung für finanzwirksame Entscheidungen von Kommunen liegt allein bei den Entscheidungsträgern vor Ort“.

Die bisherigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung im Zeitraum 1997 – 2009 lagen im Bereich der Personalkosten bei 35,5 Millionen Euro und bei den Sachkosten bei 75,5 Millionen Euro.

Das alles hat uns nicht weitergeholfen!

Neue zusätzliche Belastungen der Städtehaushalte bringen weitere Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, die da sind:

- das Feuerschutzhilfegesetz,
- das Asylverfahren und Zuwandergesetz,
- die Einführung von NKF und
- die Offene Ganztagschule.

Hier ist von einer Mehrbelastung von 5 Millionen Euro auszugehen.

Wir können nicht gegen eine Gesetzgebung an sparen, die den Kommunen die nötige Finanzausstattung verwehrt.

„Die ordentlichen Aufwendungen in Gemeinden mit Haushaltssicherung müssen als Obergrenze verstanden werden, eine deutliche Unterschreitung soll angestrebt werden.“

„Auch bei pflichtigen Transferleistungen sind alle Möglichkeiten der Reduzierung auszuschöpfen. Bei Art, Umfang und Ermessensausübung sind die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verstärkt zu beachten.“

Alles im 15. Haushaltsicherungskonzept der Stadt Castrop-Rauxel nachzulesen.

Was bedeutet dies für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt?

Wir sind und werden Bürger 2. Klasse sein. Wir werden die Lasten der verfehlten Landes- und Bundespolitik der letzten 20 Jahre ohne Lastenausgleich für die Kommunen hier in Castrop-Rauxel und in anderen Nothaushaltgemeinden schultern müssen.

Schon sind die nächsten Kürzungen geplant. Wohlgermerkt, selbst die Kürzungen von 111 Millionen Euro in den Jahren 1997 – 2009 haben uns in die drohende Überschuldung geführt.

Nun sollen neben dem eben Genannten zusätzlich

- die Eintrittspreise der Schwimmbäder erhöht werden,
- Kostenzuschüsse für internationale Begegnungen der Sportvereine entfallen,
- ebenso die Pachtzuschüsse für Vereine.
- Der Zuschuss für die Schulverpflegung soll wegfallen.
- Die Veräußerung von Gewässern zweiter Ordnung sollen noch Einsparungen von Sachkosten bewirken.

Einsparungen von Personalkosten beim EUV sind geplant und nicht zuletzt die Absenkung der Zahl der Auszubildenden von 36 auf 30 Plätze mit einer jährlichen Reduzierung um 2 Auszubildende.

Ohne uns!

DIE LINKE unterstützt vielmehr die Forderungen der Personalvertretung hier in Castrop-Rauxel und auf Kreisebene.

DIE LINKE wird diesem Sparhaushalt, wie in den Jahren zuvor, nicht zustimmen.

Wir üben weiterhin den Ungehorsam!

Der Deutsche Städtetag rechnet mit einem Rekorddefizit für das laufende Jahr in Höhe von insgesamt 12 Milliarden Euro, welches nach Schätzungen von Bund, Land und Gemeinden bis zum Jahr 2013 auf deutlich über 40 Milliarden Euro ansteigen wird.

Verdi fordert kommunale Entschuldungsfonds!

CDU/CSU und FDP haben am 24. März 2010 ihre geschäftsführende Mehrheit im Finanzausschuss des Bundes dazu genutzt, eine zeitnahe Expertenanhörung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu verhindern!

Terminvorschläge wie 19. April 2010 oder 3. Mai 2010 wurden schlichtweg abgelehnt! Vor der NRW-Wahl soll hier keine Entscheidung getroffen werden.

Verzögern, verwässern und die Wählerinnen und Wähler verschaukeln ist hier das Ziel!

Frau Kämmerin wir danken ihnen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit. Wo nichts ist, ist auch nichts zu holen!

Es ist an der Zeit, den Ungehorsam zu üben!

Die Bundesregierung konnte binnen Tagesfrist einen Bankenrettungsfonds in Höhe von nahezu einer halben Billion Euro auflegen, weil sie es politisch wollte!

Sollen die Kommunen ausgeblutet werden?

Wir brauchen sofort einen Schutzschirm für Kommunen, vielleicht auch eine Bad-Bank für Kommunen, für die Bund und Land gerade stehen.

DIE LINKE denkt, es ist an der Zeit, dass die Gemeindevertretungen sich auf den Weg nach Düsseldorf und/oder nach Berlin machen, um den Protest in die dortigen Parlamente zu tragen. Vielleicht bewirkt

ein Sitzstreik vor und im Parlament den Druck, den wir brauchen.

Stellen wir Öffentlichkeit her und rufen die Bevölkerung zum Protest gegen diese unhaltbaren Zustände auf.

Diese haushaltspolitische Entwicklung der Gemeinden untergräbt die Demokratie!

Meine Fraktion, DIE LINKE, wird den Ungehorsam fortsetzen und diesem Sparhaushalt nicht zustimmen!

Für DIE LINKE ist es an der Zeit für den Aufruf:
„Auf nach Düsseldorf, auf nach Berlin“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Angelika Aimene-Wiegold
Fraktionsvorsitzende